

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.03.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	17:15 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 17:15 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:10 Uhr bis 19:50 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Herr Schachtschneider
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter: Herr Hopfgarten

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Unterlagen wurden als Tischvorlagen zu Beginn der Sitzung ausgegeben:

	<p>Dringlichkeitsvorlage</p> <p>Einstellung von finanziellen Mitteln in den Stadthaushalt für den Ausgleich der Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen des MDV bei Annahme des Stadtratsbeschlusses zum Tarifmoratorium</p> <p>Vorlage: V/2013/11570</p>
5.4	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturübersicht der Stadtverwaltung • neues Deckblatt für die Beschlussvorlage HH • 3 Seiten Präsentation zur Verplausibilisierung und Anpassung der Mittelfristplanung • Veränderungsblätter zum Haushalt mit Stand vom 19.03.2013 • Antworten zu Feuerwehr Liebenauer Straße und Digitalfunk • Antworten zu Leistungen nach dem SGB II, zur Hilfe zum Lebensunterhalt und zu Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz • Antworten zu diversen Geschäftsbereichen auf Fragen von Dr. Meerheim • Antworten auf FDP-Fragen zum Produkt Datenverarbeitung, D 115-Servicecenter und dem Produkt übergreifende Personalmaßnahmen • Schreiben der Verwaltung zum Hinweis von Herrn Knöchel bzgl. § 17 FAG (Ausgleichsstock) Asylbewerberleistungsgesetz
5.4.2	Stellungnahme der Verwaltung vom 19.03.2013 zum Antrag
5.4.5	<p>Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen.-Nr. V/2012/11037) – zum Stellenplan</p> <p>Vorlage: V/2013/11578</p>
5.4.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage

	"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11307) – hier Produkt: "Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze" Vorlage: V/2013/11575
5.4.2	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nummer V/2012/11037) – hier: Investitionsprogramm 2013 – 2016 Vorlage: V/2013/11576
7.3	Stellungnahme der Verwaltung vom 13.03.2013 zum Antrag
7.5.1.	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353) Vorlage: V/2013/11535

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung bat, folgende Dringlichkeitsvorlage, die am 15.03.2013 versandt wurde, in die Tagesordnung aufzunehmen:

Genehmigung eines außerplanmäßigen Aufwandes für die Betreuung der Robert-Koch-Schwimmhalle in dem Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2013/11565

Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung bat, folgende Dringlichkeitsvorlage (Tischvorlage) in die Tagesordnung aufzunehmen:

Einstellung von finanziellen Mitteln in den Stadthaushalt für den Ausgleich der Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen des MDV bei Annahme des Stadtratsbeschlusses zum Tarifmoratorium
Vorlage: V/2013/11570

Herr Stäglin betonte, dass die Dringlichkeitsvorlage dann wichtig wäre, wenn der TOP 7.1 - Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) beschlossen werden würde.

Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage:

5 Ja-Stimmen

Die notwendige 2/3 Mehrheit der Stimmen für die Aufnahme in die Tagesordnung wurde nicht erreicht.

Die Vorlagen

5.1. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)

Vorlage: V/2013/11394

5.2. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)

Vorlage: V/2013/11400

wurden im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.03.2013 vertagt

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden zu TOP 5.4 folgende Änderungsanträge gestellt:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11307) – hier Produkt: "Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze"

Vorlage: V/2013/11575

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nummer V/2012/11037) – hier: Investitionsprogramm 2013 – 2016

Vorlage: V/2013/11576

Die CDU-, SPD- und FDP-Stadtratsfraktion stellten nachträglich folgenden Änderungsantrag:

Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen.-Nr. V/2012/11037) – zum Stellenplan

Vorlage: V/2013/11578

Die Änderungsanträge:

5.4.3. GB IV Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten Bereich Kita

Vorlage: V/2013/11481

- 5.4.4. GB IV Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11487

wurden im Namen der Fraktion bzw. des Antragstellers von Herrn Dr. Meerheim zurückgezogen.

Herr Misch stellte folgenden neuen Änderungsantrag:

- 5.4.6. Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101
Vorlage: V/2013/11583

Der Antrag:

- 7.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368

wurde im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.03.2013 und im Bildungsausschuss am 05.03.2012 vertagt.

Von der Fraktion DIE LINKE. wurde folgender Änderungsantrag gestellt:

- 7.5.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen am 12., 19.02.2013 und 05.03.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394
 - 5.2. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlage: V/2013/11400
 - 5.3. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11173
 - 5.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Schlussberatung inklusive Anträge der Fraktionen
Vorlage: V/2012/11037
 - 5.4.1. GB II Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) – hier Produkt:
"Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze"
Vorlage: V/2013/11575
 - 5.4.2. GB II Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nummer V/2012/11037) – hier:
Investitionsprogramm 2013 - 2016
Vorlage: V/2013/11576
 - 5.4.3. GB IV Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.:
V/2012/11037) - Ist-Kosten Bereich Kita
Vorlage: V/2013/11481
 - 5.4.4. GB IV Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.:

V/2012/11037) - Ist-Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11487

5.4.5. Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie participationsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen.-Nr. V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11578

5.4.6. Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie participationsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101
Vorlage: V/2013/11583

5.5. Genehmigung eines außerplanmäßigen Aufwandes für die Betreuung der Robert-Koch-Schwimmhalle in dem Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2013/11565

6. Informationsvorlagen

6.1. Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd - mündlicher Sachstand und Ausblick

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187

7.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260

7.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266

7.2.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302

7.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276

7.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368

- 7.5. Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353
- 7.5.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11353
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen am 12., 19.02.2013 und 05.03.2013

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften der Sitzungen des Ausschusses am 12., 19.02.2013 und 05.03.2013 werden genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.02.2013 wurden keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Rückführung der Festsetzungen 6.4 und 6.6 in die Fassung der Beschlussvorlage am 12.12.12 (s. u., Änderungen kursiv)

F 6.4 Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:

[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist *mindestens ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes gemäß § 10 (2) Vergabegesetz LSA* zu zahlen.

Erläuterung: Zur Wahrung einheitlicher Qualitätsstandards sind, ungeachtet der Verantwortung des Betreibers des Linienverkehrs, an die Verkehrsunternehmen hohe Maßstäbe bezüglich Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz zu setzen. Mangels eindeutiger rechtlicher Normen für Subunternehmen im Linienverkehr sind im Nahverkehrsplan ergänzende Regelungen zu verankern, die diesen Anspruch gewährleisten.

F 6.6 Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den *bis dato gewährten Arbeitsbedingungen gemäß § 11 Vergabegesetz LSA* zu übernehmen, *soweit sie das bisherige Verkehrsunternehmen freisetzen würde*.

Erläuterung: Die Stadt Halle (Saale) kommt damit ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern im ÖPNV, welche überwiegend auch Bürger der Stadt Halle (Saale) sind, nach.

Finanzielle Auswirkungen: keine direkten

zu 5.2 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlage: V/2013/11400

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Wiederaufnahme der Festsetzung 7.3.1 (und Anpassung der Nummerierung in Kapitel 7.3)

F 7.3.1 *Die Stadt Halle (Saale) wird im Rahmen ihrer Beteiligung an der Nahverkehrsplanung und den Liniengenehmigungsverfahren benachbarter Landkreise darauf hinwirken, dass in das Stadtgebiet einbrechende Linien des Regionalbusverkehrs an geeigneten Straßenbahnhaltstellen im äußeren Stadtgebiet enden, wo Direktverbindungen ins Stadtzentrum bestehen. Priorität haben dabei die Verknüpfungspunkte Schwimmhalle (Neustadt) und Trotha, wo durch vier bzw. drei Straßenbahnlinien eine sehr hohe Bedienfrequenz erreicht wird. Bei der Fahrplangestaltung sind Umsteigezeiten von maximal 5 min anzustreben.*

Gemeinsam mit den Aufgabenträgern für den Regionalbusverkehr sind diesbezüglich im Sinne eines integrierten, kundenorientierten und wirtschaftlichen Leistungsangebots Rahmenvorgaben für die in das Stadtgebiet hineinführenden Linienverkehre abzustimmen, die vor dem Hintergrund der begrenzten Finanzmittel eine bestmögliche Erreichbarkeit des Oberzentrums Halle aus dem Umland sicherstellen. Dabei sind auch mögliche Verknüpfungen an den SPNV-Stationen (ggf. auch außerhalb des Stadtgebiets) zu berücksichtigen.

Erläuterung: Der bestehende Parallelverkehr mit Regionalbussen ist aus wirtschaftlichen, verkehrlichen und ökologischen Gründen nicht zu verantworten. Bei guter Koordination der Fahrpläne sollte die Notwendigkeit des Umsteigens nicht vom Besuch des Stadtzentrums abhalten, zumal die Straßenbahn häufig näher an die Ziele heranführt. Auch aus den Stadtbuslinien muss auf dem Weg in die Altstadt i.d.R. in die Straßenbahn umgestiegen werden. Mindestens an den genannten Straßenbahnhaltstellen ist direktes Umsteigen zwischen Bus und Straßenbahn voraussichtlich problemlos zu organisieren. Das pausenbedingte Abstellen der Regionalbusse ist in Trotha am Ort und in Neustadt am S-Bahnhof Neustadt möglich. Die frei werdenden Kapazitäten können zur Verbesserung des Angebots im Saalekreis (z.B. Linienverlängerung, Taktverdichtung) genutzt werden.

Finanzielle Auswirkungen: keine direkten

zu 5.3 Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2012/11173

Herr Kreisel (Leiter des Eigenbetriebes) informierte über die wichtigsten Eckpunkte des Jahresabschlusses und dass bis zu den Jahren 2017 – 2020 steigende Kinderzahlen zu erwarten wären.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Beschluss V/2011/09956 zur Abführung von 323.734,82 EURO aus dem Jahresabschluss 2010 an die Stadt Halle (Saale) in der Gestalt umgesetzt wurde, dass der Zuschuss in 2012 um 300.964,00 EURO gekürzt und seitens der Stadt Halle/Saale verrechnet wurde.
Zum Differenzbetrag von 22.770,82 EURO wird der Ausschüttungsbeschluss bestätigt.
2. Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit

Bilanzsumme:	43.012.001,06 EURO
Jahresüberschuss:	37.060,99 EURO

wird festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 37.060,99 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wird für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

**zu 5.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Schlussberatung inklusive Anträge der Fraktionen
Vorlage: V/2012/11037**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Wolter, Herr Schachtschneider, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Herr Geier, Frau Müller (amt. Fachbereichsleiterin Finanzen) und Herr Rauschenbach (Finanz- und Sparberater der Stadt).

Herr Geier verwies auf die vielen von der Verwaltung gegebenen Antworten auf die Fragen der Stadträtinnen und Stadträte. Im Ergebnis der gegebenen Hinweise der Mitglieder des Finanzausschusses wurden eine Plausibilitätsüberprüfung und in der Folge Anpassungen in Haushaltsansätzen vorgenommen. Die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung wurde geprüft und eine Rückkopplung mit der Stadt Magdeburg vorgenommen. Die Dynamisierung wurde nicht in der ursprünglich vom Geschäftsbereich IV geplanten Höhe vorgenommen. Eine jährliche Überprüfung sei mit der Haushaltsaufstellung nötig und eventuell nötige Anpassungen der Folgejahre möglich. Der Ansatz für die Ausgaben der Kosten der Unterkunft sei im Vergleich mit dem Jahr 2012 vertretbar. Die Stadt hoffe, dass sie die

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. März 2013 – öffentlicher Teil

Personalkosten in konstanter Höhe beibehalten kann und die Effekte aus den Maßnahmen der energetischen Sanierung wie geplant eintreten.

Einige Mitglieder dankten der Verwaltung für die umfangreichen Zuarbeiten. Sie mahnten jedoch an, dass die doppischen Effekte, die in diesem Jahr für die Stadt noch genutzt werden können und positiv wirken, mittelfristig nicht mehr wirken werden.

Herr Geier bestätigte, dass die Risikobetrachtungen bezüglich der Entwicklung der städtischen Wohnungsgesellschaften und der Stadtwerde weitergeführt werden. Dies wurde auch in dem Vortrag am 5. März 2013 ausdrücklich betont.

Herr Rauschenbach ergänzte, dass die Verwaltung gemäß § 8 GemHVO zum Haushaltsausgleich gesetzlich verpflichtet sei. Die Arbeit der nächsten Monate wird es sein, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu untersetzen und in den städtischen Gremien zu diskutieren. Dies werde eine harte Arbeit werden.

(17:05 Uhr – Herr Wehrich, Herr Knöchel und Herr Müller kamen in die Sitzung.)

Einige Mitglieder des Ausschusses betonten, dass sie zu einer Diskussion anhand eines neuen Haushaltskonsolidierungskonzeptes, welches durch die Verwaltung vorgelegt werden muss, bereit seien.

Herr Geier erläuterte, dass die gesetzliche Vorgabe des Haushaltsausgleiches mit dem vorgelegten Haushaltsplan erfüllt wurde. Auf diesem Ergebniss dürfen sich Verwaltung und Rat aber nicht ausruhen, sondern parallel Haushaltskonsolidierungspotential erarbeiten und prüfen. Im Finanzausschuss sei eine fachliche Diskussion an dieser Stelle nicht möglich.

Herr Rauschenbach fügte an, dass bei der Diskussion des Haushaltes die Strategien der Stadt entwickelt und anhand von Budgets ausgestaltet werden können.

Frau Müller informierte aufgrund einer Anfrage, dass alle besprochenen Veränderungen des Finanzausschusses in die Änderungsblätter übernommen sowie der Beschlussvorschlag um folgenden Punkt 3: „Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im September 2013 den Entwurf der Nachtragssatzung 2013 vorzulegen.“ ergänzt wurde.

Zu dem Ansatz des Asylbewerberleistungsgesetzes dankte Herr Kogge ausdrücklich Herrn Knöchel für die gegebenen Hinweise. Paragraf 17, Satz 5 regelt eindeutig die Erstattung und für die bereinigte Differenz von 2011 – 2013 bestehe ein Anspruch der Stadt.

Herr Geier sicherte zu, dieses Thema für den Nachtragshaushalt explizit zu prüfen.

Zum Verfahren wurde ausgeführt, dass die Verwaltung die Änderungsanträge nach dem Votum des Finanzausschusses wie besprochen aufgenommen habe. Bis auf den Stellenplan wurde Konsens erzielt. Änderungsanträge im Stadtrat seien nur für ggf. neue Themen relevant.

Abstimmungsergebnis nach Diskussion der Änderungsanträge:

5 Ja-Stimmen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. März 2013 – öffentlicher Teil

1 Nein-Stimme
5 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.
3. ***Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im September 2013 den Entwurf der Nachtragssatzung 2013 vorzulegen.***

Herr Knöchel betonte seine Enthaltung damit, dass er noch Beratungsbedarf zum Stellenplan habe. Alle anderen Änderungsanträge und der Haushaltsplan fänden seine Zustimmung.

Festlegung im Einvernehmen von Herrn Ausschussvorsitzenden Dr. Meerheim und Herrn Beigeordneten Geier sowie den Ausschussmitgliedern des Finanzausschusses:

die Sitzung zum Reservetermin am 26. März 2013 entfällt.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"
(Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) – hier Produkt: "Freizeitflächen, Spiel- und
Bolzplätze"
Vorlage: V/2013/11575**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Knöchel, Herr Misch, Herr Dr. Meerheim und Herr Geier.

Herr Wehrich begründete noch einmal den Antrag der Fraktion und betonte, dass bereits mehrfach über dieses Thema im Finanzausschuss gesprochen wurde. Die meisten öffentlichen Spielgeräte seien in einem sehr schlechten Zustand oder zum Teil nicht mehr vorhanden. Als Deckung werden die Mehrerträge im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ - Haushaltsansatz Bußgelder benannt.

Herr Geier betonte, dass die Mittel eventuell auch für andere notwendige Pflichtaufgaben benötigt werden könnten.

Mehrere Mitglieder führten aus, dass die eingeplante Summe nicht für die laufende Wartung und Erfüllung der Verkehrssicherungspflichten ausreichend sei. Die Problematik begleite die Haushaltsdiskussion seit mehreren Jahren. Die Mitteldeutsche Zeitung hat das Problem ebenfalls in einem großen Artikel aufgegriffen. Diese Aufstockung des Ansatzes komme einem wichtigen Teil der halleschen Bevölkerung zugute – den Familien.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.55102 „Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze“ werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Unterhaltung der Spielplätze um 305.800 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ (Haushaltsansatz Bußgelder) in o. g. Höhe, die bisher nicht im Haushaltsentwurf 2013 eingeplant worden sind.

**zu 5.4.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"
(Vorlagen-Nummer V/2012/11037) – hier: Investitionsprogramm 2013 - 2016
Vorlage: V/2013/11576**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weihrich, Herr Krause, Herr Schachtschneider, Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Stäglin, Herr Geier, Herr Kogge, Herr Rauschenbach und Frau Müller.

Herr Weihrich betonte, dass durch einen Beschluss des Änderungsantrages andere Prioritäten gesetzt und eine entsprechende Deckung für die Ausgaben nachgewiesen werden sollen. Durch die Haushaltssituation der vergangenen Jahre sei ein sehr hoher Investitionsstau entstanden. Ggf. müsse ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Stäglin erläuterte, dass die Fleckensanierung der Winterschäden in größerem Ausmaß nicht sinnvoll sei. Bei mehrfachen Schäden einer Straße sei eine Dünnschichtsanierung, die ca. 10 Jahre halte, wirtschaftlicher.

Mehrere Mitglieder sprachen sich dafür aus, dass eine Abwägung zwischen der Gefahrenabwehr von sehr stark frequentierten und geschädigten Straßen und den Brandschutzsanierungen an Schulen unangebracht sei. Die Nachhaltigkeit der Ausgaben müsse ebenso betrachtet werden wie die reelle Möglichkeit, zusätzliche Mittel im Schulbereich in diesem Jahr zu verbauen. Auf der anderen Seite werden durch das Bauordnungsamt die Zustände in den Einrichtungen geprüft und im Einzelfall könne der Entzug der Betriebserlaubnis drohen.

Herr Kogge führte aus, dass es das Ziel der Verwaltung sei, dem wissenschaftlichen Bildungsanspruch zu genügen. Dies müsse auch in den baulichen Anlagen zu erkennen

sein. Es müsse geprüft werden, ob eine Sanierung von Einrichtungen auch ohne den Auszug in ein Ausweichquartier möglich sei. Dazu müsse ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, an dem eine Arbeitsgruppe zurzeit arbeite. Er avisierte eine entsprechende Verwaltungsvorlage. Diese solle mit dem Nachtragshaushalt verknüpft werden. Ein rechtssicherer Weg müsse geprüft werden, um Sicherheit für die Entwicklung der nächsten Jahre zu erhalten.

Die Verwaltung wurde um folgende Auflistung des Bauordnungsamtes bezüglich der Brandschutzprüfungen städtischer Objekte gebeten:

Objekte	Wann abgeschlossen? In aktueller Prüfung? Wann geplant?	Ergebnis

Da die zur Streichung vorgeschlagenen Tiefbaumaßnahmen die Jahre 2015 – 2016 betreffen, wurde vereinbart, dass die Verwaltung die angeregten und avisierten Prüfungen durchführt und der Antrag zur Nachtrags-Haushaltsplandiskussion erneut aufgerufen wird.

Abstimmungsergebnis:

vertagt bis zur Behandlung der Nachtragssatzung (September 2013)

Beschlussvorschlag:

Folgende im Rahmen der Kategorie „Neubeginne ohne Förderung“ im Investitionsprogramm 2013 – 2016 benannten Tiefbaumaßnahmen der Jahre 2015 – 2016 werden gestrichen:

- Projekt 7.660152 - Huttenstraße zw. E.Br. u. Turmstr. – 150.000 € (2016)
- Projekt 7.660154 - Richard-Paulick-Str. – 360.000 € (2016)
- Projekt 7.660155 - B 100 (Abschnitte) – 200.000 € (2015)
- Projekt 7.660156 - Regensburger Straße (Abschnitte) – 300.000 € (2016)
- Projekt 7.660157 - Berliner Str. zw. Gothaer - Fritz-Hoffmann-Str. – 300.000 € (2016)
- Projekt 7.660158 - Brachwitzer Straße – 210.000 € (2016)
- Projekt 7.660159 - Zollrain stadtauswärts zw. An der Magistrale u. Zscherbener Str.– 290.000 € (2016)
- Projekt 7.660160 - Etkar-Andrè-Straße – 150.000 € (2016)
- Projekt 7.660161 - Südstadtring (abschnittsweise) – 250.000 € (2016)

Die vorgesehenen Finanzmittel werden zur Finanzierung von notwendigen Maßnahmen in den Bereichen Brandschutzgrundsicherung und für bauliche Maßnahmen zur Gewährleistung einer inklusiven Beschulung an haleschen Schulen eingesetzt.

- zu 5.4.3 GB IV Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten Bereich Kita
Vorlage: V/2013/11481**
-

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, in der Kostenstelle 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen – die Ist-Kosten des Jahres 2012 aus dem Bereich Kindertagesstätten als Planansatz für das Jahr 2013 einzustellen.

- zu 5.4.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11487**
-

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Für das Produkt Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende – sind die Ist-Kosten des Jahres 2012 als Planansatz für das Jahr 2013 für die Kosten der Unterkunft einzustellen.

- zu 5.4.5 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen.-Nr. V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11578**
-

An der Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Weirich, Herr Wolter, Herr Müller, Herr Schachtschneider, Herr Knöchel, Herr Dr. Meerheim und Herr Geier.

Herr Krause begründete den Änderungsantrag der drei Fraktionen. Er führte aus, dass von der Verwaltung bereits Tatsachen geschaffen worden seien. Nicht auf alle Fragen der Fraktionen wurde von der Verwaltung schlüssig geantwortet. Mit diesem Antrag solle gezeigt werden, dass große Teile des Stadtrates die Umorganisation der Verwaltung nachvollziehen möchten und kein Stellenaufwuchs legitimiert werden solle.

Herr Wehrich sprach sich in einer Gegenrede gegen den Änderungsantrag aus. Anhaltspunkte für die Vorwürfe der Fraktionen gegen die Verwaltung seien nicht erkennbar. Die tatsächlichen Auswirkungen des Änderungsantrages seien nicht überschaubar. Der Antrag sei unverantwortlich, da er eine Konfrontation darstelle und für eine sachliche Diskussion nicht dienlich ist.

Die Diskussion drehte sich um die unterschiedlichen Auffassungen der Mitglieder des Ausschusses. Einzelne Stellen wurden herausgegriffen, z. B. die Betriebswirte und die Leiter der Dienstleistungszentren. Es wurde kritisch angemerkt, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nicht anwesend war, um mit ihm in die direkte Diskussion eintreten zu können. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass hinter jeder Stelle (bis auf eine) bereits ein Stelleninhaber stehe. Aus diesem Grund führe die Streichung der Stelle nicht zwangsläufig zu einer Einsparung. Es wurde eine seriöse Diskussion anhand von Aufgabenkritik angemahnt.

Herr Geier verwies auf die ausführliche Diskussion in der Sitzung des Finanzausschusses am 12. März 2013 in Anwesenheit des Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand. Er appellierte, dass zu einer ordentlichen Diskussionskultur zurückgefunden werden müsse, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Jede einzelne Stelle müsse separat betrachtet werden, da sie jeweils unterschiedliche Hintergründe vorweise.

Bis zum 25.03.2013, vor den Fraktionssitzungen, wird die Verwaltung um eine rechtliche, finanzielle und inhaltliche Stellungnahme zum Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen.-Nr. V/2012/11037) – zum Stellenplan - Vorlage: V/2013/11578 gebeten.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Existenzsichernde Leistungen“ (A 16) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

2. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Soziale Nachhaltigkeit“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
3. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Jugendintegration“ (E 15Ü) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
4. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiterin Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (E 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
5. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Sachbearbeiter/in strategische Steuerung“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
6. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Stelle Büroleiter/in (OB-Büro)“ (E 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Stelle Büroleiter/in (OB-Büro)“ (E 15) bleibt im Stellenplan.**
7. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Leiter/in Strategische Steuerungsunterstützung/HH-Konsolidierung“ (E15) bleibt im Stellenplan.
8. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Prüfer/in Sonderprüfstelle komplexe Bauvorhaben“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Amtsleiter/in Bauordnung und Denkmalschutz“ bleibt im Stellenplan.**
9. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Prüfer/in Sonderprüfstelle komplexe Bauvorhaben“ (E 14) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Ressortleiter/in Straßenverwaltung / Jurist/in“ bleibt im Stellenplan.**
10. ~~Drei der~~ **Die vier** vorgesehenen zusätzlichen Stellen „Betriebswirte“ (E 13) werden nicht in den Stellenplan aufgenommen.
11. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Wissenschaft“ (E14) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Teamleiter/in Technologie, Innovation und Medien“ bleibt im Stellenplan.**
12. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Sport“ (E13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Ressortleiter/in Sport“ bleibt im Stellenplan.**
13. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Klimaschutz“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
14. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Veranstaltungen“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
15. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Bürgerengagement“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. März 2013 – öffentlicher Teil

16. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Familie“ (A 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

~~17. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Leiter/in Sozialraumzentrum Mitte-Nord-Ost“ bleibt im Stellenplan.~~

~~18. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Wirtschaft“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.~~

**zu 5.4.6 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-
V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101
Vorlage: V/2013/11583**

Herr Misch begründete seinen Antrag ausführlich und bat die Verwaltung um einen Deckungsvorschlag bis zum 27.03.2013.

Hinweis:

Im Nachgang der Sitzung wurde folgender Deckungsvorschlag von der Verwaltung angeboten: Mehrerträge im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ (Haushaltsansatz Bußgelder)

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.55101 „Grünflächen und Parkanlagen“ werden die Aufwendungen im Sachkonto Parkanlagen 52210600 um 80.000,00 EUR erhöht.

**zu 5.5 Genehmigung eines außerplanmäßigen Aufwandes für die Betreuung der Robert-Koch-Schwimmhalle in dem Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2013/11565**

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den außerplanmäßigen Aufwand für die erbrachten Leistungen der Bäder Halle GmbH im Rahmen des Betriebes der Robert-Koch-Schwimmhalle in 2012 im PSP Element 1.42402.01 Bereitstellung und Betrieb von Bädern in Höhe von 151.900 €.

Finanzielle Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt:

Außerplanmäßiger Aufwand: 1.42402 Bereitstellung und Betrieb von Bädern, Transferaufwendungen in Höhe von 151.900 Euro

Deckung aus folgenden Produkten:

- 1.42402 Bereitstellung und Betrieb von Bädern, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 50.000 Euro
- 1.57101 Wirtschaftsförderung, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 20.000 Euro
- 1.57103 Arbeitsmarkt, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 5.000 Euro
- 1.11126 Grundstücksverkehr, Privatrechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 50.900 Euro
- 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen, Transferaufwendungen in Höhe von 26.000 Euro

Die in Rechnung gestellten Leistungen sind periodengerecht dem Haushaltsjahr 2012 zuzuordnen. Der Finanzfluss wird im Haushaltsjahr 2013 realisiert.

zu 6 Informationsvorlagen

zu 6.1 Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd - mündlicher Sachstand und Ausblick

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde auf den Vortrag der Präsentation verzichtet. Sie wurde als externes Dokument in Session eingestellt. Fragen der Ausschussmitglieder könnten gern nachgereicht werden.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) Vorlage: V/2012/11187

Herr Dr. Meerheim bestätigte, dass DIE LINKE. den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187) – V/2012/11260 – übernommen habe.

Die Umsetzung des Antrages sei für dieses Jahr nicht mehr möglich. Mit dem Beschluss solle der Druck auf den MDV erhöht werden, zusätzliche Einnahmen außerhalb der kommunalen Zuschüsse zu generieren, mehr Fahrgäste anzuwerben und eine Strategiediskussion innerhalb des MDV zu führen.

Herr Stäglin betonte, dass die vergangene Einladung des MDV durch viele Vertreter des Stadtrates wahrgenommen wurde. Bei Beschlussfassung des Antrages müsse mit der HAVAG eine entsprechende Zeitschiene besprochen werden. Die Informationen würden im Rahmen des nicht öffentlichen Teiles der Stadtratssitzung erfolgen; später eventuell in Form von Dringlichkeitsvorlagen, da die Fristen sehr knapp seien. Die Auswirkungen des Beschlusses können der eingereichten Dringlichkeitsvorlage – Auszug nachfolgend - entnommen werden:

Finanzielle Auswirkung:

HHJ 2013: min 458.000 Euro max. 1.648.333 Euro
HHJ 2014: min 642.000 Euro max. 2.307.667 Euro

Mit der Annahme des Tarifmoratoriums durch den Finanzausschuss wird, im Vorgriff auf die Stadtratsentscheidung am 27.03.2013, der Gesellschaftsvertreter der Stadt Halle im MDV zu einer aktiven Verhinderung von Tarifierhöhungen aufgefordert.

Durch die Mitteilung des Landkreises Leipzig Land, einer Tarifierhöhung nicht zuzustimmen, reichen die Stimmanteile der Stadt Halle aus, um einen Stimmanteil von 30 % zu erreichen. Dieser Anteil reicht aus, um die Tarifierhöhungen zu verhindern.

Laut Gesellschaftsvertrag §9 (3) Abs.3 haben die Aufgabenträger, die der Erhöhung, in welcher Höhe auch immer, widersprechen die Mindereinnahmen auszugleichen.

Im Falle des Moratoriums soll die Erhöhung komplett ausfallen.

Die Mindereinnahmen belaufen sich laut Berechnung des MDV dann für alle Unternehmen auf 4,6 Mio. Euro.

Die Unterschiede der finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus folgender Überlegung:
Die Mindestsumme ergibt sich, wenn alle Aufgabenträger gegen eine Tarifierhöhung stimmen, dann beträgt der Anteil der Stadt Halle 1,1 Mio. Die Summe verteilt sich auf fünf Monate im Jahr 2013 und sieben Monate im Jahr 2014.

Die Maximalsumme ergibt sich, wenn nur die Stadt Halle und der Landkreis Leipzig Land gegen die Erhöhung stimmen.

In diesem Fall wird die Gesamtsumme von 4,6 Mio. Euro zwischen Halle und dem Landkreis entsprechend der Gesellschaftsanteile der beiden Aufgabenträger im Verhältnis zueinander (86% Halle und 14% Leipzig Land) verteilt.

Für die Stadt Halle bedeutet dies 3.956.00 Euro entsprechend auf die Jahre verteilt.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifierhöhungen untersuchen lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaigen keiner Tarifierhöhungen erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260**

Abstimmungsergebnis:

erledigt durch Übernahme in den Ursprungsantrag

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin bzw. deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaigen keiner Tarifierhöhungen erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

zu 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266

Die Vertreter der CDU-Fraktion erklärten, dass die Fraktion nach Rücksprache mit der Verwaltung den Antrag vorerst als erledigt betrachtet.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt Mittel aus dem 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur weiteren Sanierung des Braunkohletagebaus im Stadtgebiet einzufordern.

zu 7.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-
Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302

Abstimmungsergebnis:

erledigt, da sich Antrag erledigt hat.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Bereich des Altbergbaus bei entsprechender Feststellung von Gefahrenlagen durch das Landesamt für Geologie und Bergwesen einschlägige Fördermittel abzurufen und die jeweiligen Eigenmittel bereitzustellen.

zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines
Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere, inwieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietenmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt – Wiedervorlage in der Sitzung am 16.04.2013

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppeljährigen Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.

zu 7.5 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 - Vorlage: V/2013/11353

Die Diskussionen der Tagesordnungspunkte 7.5 und 7.5.1 sowie 7.5.2 wurden gemeinsam geführt.

An dieser beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Müller, Herr Schachtschneider, Herr Misch, Herr Knöchel und Herr Wehrich.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass der Änderungsantrag 7.5.1 gestellt wurde, um alle Behinderungsarten einzuschließen.

Vertreter der antragstellenden Fraktion gaben zu bedenken, dass ggf. der Einschluss aller Arten der Behinderung ein zu hoher Anspruch sei. Mit dem Antrag solle ein erster Anfang gemacht werden.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass die UN-Behindertenkonvention alle Behinderungen – auch Sinneseinschränkungen – einschlieÙe. Die gesetzlichen Vorgaben werden in naher Zukunft erwartet. Weiterhin gebe es klare Bauvorschriften bezüglich der Nutzungsmöglichkeit von Menschen mit Behinderungen in öffentlichen Gebäuden. Bei Bauarbeiten sollten alle notwendigen Optimierungen umgesetzt werden.

Herr Wehrich stellte den Änderungsantrag TOP 7.5.2, mit einer kleinen Ergänzung von Herrn Schachtschneider bezüglich der Aufschlüsselung in bauliche Maßnahmen und Ausstattung.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1.

Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von ~~bewegungseingeschränkten~~ **behinderten** Schülerinnen und Schülern, ~~insbes. die auf einen Rollstuhl angewiesen sind~~, dort möglich ist.

2.

Die Stadtverwaltung unterrichtet ~~den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.~~ **im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten Teil 1 (Stadtratsbeschluss Nr.: V/2012/10921 vom 12.12.2012) über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles.**

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmebeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und

Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535**

Die Diskussion wurde beim TOP 7.5 mit geführt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von ~~bewegungseingeschränkten~~ **behinderten** Schülerinnen und Schülern, ~~insbesondere die auf einen Rollstuhl angewiesen, dort möglich ist.~~
2. Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.

**zu 7.5.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585**

Die Diskussion wurde beim TOP 7.5 mit geführt.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird ergänzt und erhält folgenden Beschlusspunkt 3:

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmenbeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten zur Diskussion vor.

zu 9 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 10 mündliche Anfragen

Feuerwehr Trotha

Herr Krause bat die Verwaltung um eine Information in der Hauptausschusssitzung am 20. März 2013, wann der genaue Baubeginn der Maßnahmen für die Feuerwehr Trotha sein wird.

zu 11 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin